

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Redaktion (Kettwigerstraße Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Detmeyer, in Leipzig: Eugen
Sart, H. Engler, in Hamburg: Hassenstein & Vogler, in Frank-
furt a. M. Jäger Seite, in Elbing: Neumann-Hartmann Buchdr..

Beitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchstes geruht: Dem Geheimen Bergrath Dr. Noeggerath von Bonn bei dessen Versezung in den Ruhestand den Charakter als Berg-Hauptmann zu verleihen; und den K. Bau-Inspector Kozlowski zu Magdeburg zum Elbstrom-Bau-Director, mit dem Range eines Rethes vierter Klasse, zu ernennen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelkommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 9. Febr. (Chronrede Sr. Maj. des Königs beim Schluß der beiden Häuser des Landtags.) Der König dankt dem Landtag für die Erfüllung der Hoffnungen, die er an die Session gestellt habe und für die Mitwirkung zur Ausgleichung des Prinzipienstreites. Er erwarte zuversichtlich, es werde das richtige Verständniß der Grundbedingungen des Verfassungsliebs künftig ähnlich Differenzen verhüten. Die gewährten außerordentlichen Mittel für die Flotte und das Heer befunden den Entschluß, das Errungene zu bewahren. Die Feststellung des Staats vor Eintritt des Staatsjahres gebe eine weitere Bürgschaft für die feste Gestaltung verfassungsmäßiger Zustände. Die von der Regierung schwer entbehrt, zeitweilig aufgegebenen Ausgabe-Positionen würden künftig hoffentlich bewilligt werden. Die Ueberleitung der neuen Landestheile in die Gemeinschaft mit den alten Provinzen lasse hoffen, daß die neuen Landesangehörigen sich in dem großen Gemeinwesen ihrer früheren Nachbarn heimisch fühlen würden. Die Thatssache der Annahme des Verfassungs-Entwurfs des Norddeutschen Bundes Seitens aller Bundesregierungen gebe die Zuversicht für Errichtung von Segnungen für das deutsche Volk, auf der Grundlage einer einheitlichen Organisation, die seiner Macht und Gestaltung entsprechend, in Jahrhunderte langem Kampfe bisher vergeblich erfrebt worden seien. Es werde der höchste Ruhm des Königs sein, die Treue, Tapferkeit und Bildung des preußischen Volkes zur Herstellung einer dauernden Einigkeit der deutschen Stämme und Fürsten zu verwerthen.

Angelkommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 9. Febr. So eben erfolgt im Staatsministerium die Unterzeichnung des Bundesvertrages. Auf Wunsch Preußens werden die Bevollmächtigten zur Gründung des Norddeutschen Parlaments hierher kommen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 7. Febr. Die Partei für den Austritt aus den Zollverein stellte in einer heute abgehaltenen Versammlung den Kaufmann Wörmann und den Professor Aegidius als Parlamentskandidaten auf.

München, 8. Febr. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer erklärte der Kriegsminister v. Brühl bei der Debatte über die Gesetzesvorlage, betr. die Ausgleichung der Kriegskosten, daß von dem Militair-Credit von 31 Mill. Gulden trotz der kurzen Dauer des Krieges nur 5 Mill. nicht zur Verwendung gelommen seien.

Paris, 8. Febr. Der "Moniteur" veröffentlicht ein Kaiserl. Decret, durch welches die amtlichen Beziehungen zwischen Senat und Corps législatif einerseits und Kaiser sowie Staatsrat andererseits in Gemäßheit der durch das Decret vom 19. Januar nötig gewordenen Änderungen neu geregelt werden. Das Decret enthält zugleich organische Bestimmungen über die den beiden Staatskörpern nunmehr zufallenden Arbeiten. Endlich wird in dem Decret die Wiederherstellung der Tribüne angeordnet.

Brüssel, 7. Febr. Der Seitens Frankreichs mit der Untersuchung über die Schelde-Abdämmung beauftragte Ingenieur ist hier selbst eingetroffen. Der englische und der preußische Ingenieur werden jeden Augenblick erwartet. Nach den erhaltenen Instructionen hat jeder der drei Ingenieure einen besonderen Bericht über die Angelegenheit einzureichen.

Madrid, 7. Febr. Das über den Marshall Serrano verhängte Exil ist aufgehoben worden; gleichzeitig wurden mehrere andere Exilirte auf ihr Erfuchen begnadigt.

Petersburg, 7. Febr. Der "Russische Invalid" widerlegt die mit der Überlandpost gebrachte Nachricht eines Sieges der Russen über die Armee von Polkara und bemerkt, daß man keinerlei Nachrichten über kriegerische Ereignisse in Mittelasien habe.

Petersburg, 8. Febr. Wie die heutige "Senate-Btg." melbet, ist das jährliche Gehalt der Reg.-Commandeure um 720 bis 1200, das der Bataill.-Commandeure um 360, der übrigen Offiziere um 138 bis 420 Rubel vom 1. Januar d. J. ab erhöht worden.

Helsingfors, 7. Febr. Die Regierung hat den Gesetzentwurf, betreffend das neue Reglement für den finnländischen Landtag, vorgelegt. Demselben folge tritt der Landtag alle 4 Jahre zusammen.

London, 6. Febr. Aus New-York vom 5. d. wird ferner gemeldet: Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution angenommen, wonach das Comité der Wege und Mittel beauftragt wird, über eine Bill. Bericht zu erstatten, welche einer ferneren Verminderung des Papiergebotes während des laufenden Jahres vorbeuge.

Florenz, 7. Febr. Der König hat hente den österreichischen General-Gouverneur v. Kübeck, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte, in besonderer Audienz empfangen.

Wien, 8. Febr. Auf Berliner Notirungen höher. Credit-Actien 179,40, Nordbahn 165,80, 1860er Loope 88,30, 1864er Loope 83,65, Staatsbahn 207,30, Czernowitz 184,50.

Triest, 8. Febr. Der sämige Lloyd-Dampfer "Minerva" ist mit der östlich-chinesischen Überland-Post heute Nachmittag aus Alexandrien hier eingetroffen.

London, 6. Febr. Aus New-York vom 5. d. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 108 $\frac{1}{2}$, Goldgros 37 $\frac{1}{2}$, Bonds 108 $\frac{1}{2}$, Illinois 114 $\frac{1}{2}$, Griebahn 60, Baumwolle 33, Raffiniertes Petroleum 29. — Die Staatschuld der Vereinigten Staaten betrug am 1. Februar 2543 Millionen Dollars.

London, 31. Jan. Bank-Ausweis. Notenumlauf 23.024.170 (Zunahme 116.885), Baarvorrath 19.024.183 (Zunahme 133.771), Notenreserve 10.070.770 (Abnahme 29.065) Pfds. St.

Graf Bismarck am 4. Februar.

Über die Befürchtungen, welche der Graf Bismarck den liberalen Ideen zu machen gesonnen sei, haben wir uns niemals besonderen Illusionen hingegeben. Wir sind daher auch durch seine Reden in der Herrenhaussitzung vom 4. Februar nur einigermaßen überrascht, aber in keiner Weise enttäuscht worden. Wir haben selbst in seinen besten und ruhmvollsten Tagen niemals geglaubt, daß er nun das gerade Gegegntheil dessen geworden sei, wofür er selbst in den ersten Jahren seiner politischen Laufbahn sich erklärt. Damals sagte er, er sei stolz darauf, ein "Junker" zu sein. Wir haben nie geglaubt, daß er von seinen früheren Anschaunungen sich jemals vollkommen losgesagt habe. Aber es steht in diesem "Junker" doch etwas, das ihn gar sehr von den Kleist-Reichenbach, den Senfft-Pilsach und ihren Genossen unterschied. Er hatte den Ehregeiz, Preußen zu etwas Besseren zu machen, als zu einem nur größeren Mecklenburg. Er wollte es zu dem Range einer wirklichen europäischen Großmacht erheben. Dazu war sein Blick hell genug, um durch reiche Erfahrungen im Dienste der Diplomatie zu ver, andern. Sterblich freilich ebenfalls geläufigen, Erkenntnis zu gelangen, daß dies Ziel nicht durch die leider traditionelle Hingabe an Österreich und Niedersachsen und die Solidarität der conservativen Interessen, sondern nur durch das Ergreifen der nationalen Idee, durch die selbstständige und selbsttätige Erfüllung der deutschen Aufgabe Preußens zu erreichen sei.

Wir haben die verschlungenen Wege, die Graf Bismarck, getrenn seiner ursprünglichen Anlage, zu einem Bielle einschlug, das für ihn ein eben so neues, wie für das deutsche Volk schon längst ersehntes war, nur während jener kurzen, aber viel entscheidenden Zeit billigen können, da sie den Genius des deutschen Volkes nicht mehr verleichten. In dieser Zeit war es auch, wo Graf Bismarck so weit über die Grundneigungen seiner Seele (wir sprechen hier natürlich von ihm nur als Politiker) sich erhob, daß er aus dem thatsächlich ihm vor das Auge treitenden innewohnen Verhältnissen der nationalen und der liberalen Ideen den Schluß zog, daß er, um jenen zu dienen, auch diese in Rechnung tragen müsse. Wir meinen damit nicht seine Appellation an das allgemeine gleiche Stimmrecht, das er gewiß mehr vom französischen, als vom deutschen Standpunkte aus betrachtete. Wir meinen vielmehr die Zeit vor dem Kriege, wo er die bekannten vertraulichen Verhandlungen ankämpfte, und besonders die nach dem Kriege, wo er zu jener Reihe von Compromissen sich entschloß, die eine tatsächliche Anerkennung der liberalen Ideen waren.

Aber der Mensch kann nicht über sein Maß hinaus. Welches das Maß ist, mit welchem Graf Bismarck zu messen ist, wird man mit voller Gewissheit freilich erst am Ende seiner Laufbahn sagen können. Aber uns möchte es scheinen, daß seine Reden vom 4. Februar uns den Punkt schon gezeigt haben, über welchen er in seiner Anerkennung der liberalen Ideen nicht hinaus kam. In seiner Rede über die Eisenbahnanleihe von 24 Millionen zeigte er sich schließlich von der Besorgniß übermannt, daß er mit Annahme des Artikels 6 am Ende wohl gar eine Hilfquelle sich verstopfen werde, die doch einmal unentbehrlich sein könnte, wenn er über irgend einer seiner Nachfolger wieder zu politischen Wegen sich entschließen sollte, die die Billigung der Nation nicht finden könnten. Freilich wurde er schon am folgenden Tage seiner Stimmung wieder Herr, und entschloß sich zu einem Compromiß, in welchem das Wesentliche von der Regierung, das minder Wesentliche von der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses nachgegeben wurde. Und dann die zweite Rede, in welcher er vor den gebrochenen Nieden des Parlaments und damit vor dem Rechte der freien Meinungsausübung überhaupt eine Besorgniß aussprach, wie sie Mancher wohl nur bei Staatsmännern, wie Kamps und Westphalen es waren, nicht aber bei dem ehrlichen Politiker, der seit einem halben Jahrhundert auf einem preußischen Ministerstuhl gesessen, für natürlich halten mag.

Die "Beidl. Corresp." entschuldigt nun zwar das Verhalten des Grafen Bismarck damit, daß er es lediglich gethan habe aus Rücksicht auf die Norddeutschen Bundesregierungen. „Man irrt sich“ sagt die Corresp. — wenn man der jüngsten Kundgebung des Hrn. Ministerpräsidenten eine Tendenz gegen die Freiheit der Presse unterschreibt. Im liegenden Moment, wo die nach rechts oder links schweifenden Abweichungen an Eindruck verlieren, wird die Notwendigkeit restructiver Maßregeln täglich hinfälliger. Die Presse ist nicht gefährdet.

Wir glauben nicht, daß diese Erklärung das Land befriedigen wird. Ein Staatsmann, der den Sinn und Geist eines Volkes ganz versteht und im innersten Kerne seines Wesens sich Eins mit ihm weiß, wird sich zu solchem Verhalten, zu dem in der That leinerlei Grund vorlag, nicht verstellen. Die große Majorität des Volkes ist bereit, gemeinschaftlich mit der Regierung für die Constitution Norddeutschlands zu wirken; aber sie verlangt zugleich auch, daß dem Lande das Maß von Freiheit nicht vorenthalten werde, welches ihm gebührt. Hoffen wir, daß der Reichstag vor Beginn seiner Arbeit seinerseits die erforderlichen Schritte thue, damit das Land über seine Verhandlungen vollständige und nicht der Confiscation und Anklage ausgesetzte Berichte erhält.

Landtagsverhandlungen.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8. Februar. Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Abg. v. Binde (Hagen): In der Sitzung v. 18. v. M. ist der von

dem Abg. Lasker eingebaute Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Binsbeschränkungen auch für Immobilien, angenommen und, wie die Alten des Hauses ergeben, an dem selben Tage noch dem Präsidenten des zweiten Hauses zugeschickt worden. Wir haben nun heute den 8. Febr., es sind also bereits 3 Wochen verstrichen, aber weder aus den uns mitgetheilten Druckschriften des zweiten Hauses (Heiterkeit), noch aus anderen Mittheilungen haben wir erfahren, was aus dem Gesetzentwurf geworden ist. Ich möchte mir daher die Anfrage an den Hrn. Präsidenten erlauben, ob er uns vielleicht etwas Näheres darüber sagen kann. — Präf. v. Jordanbeck: Ich kann nur darauf erwidern, daß mir gleichfalls über das Schicksal des Gesetzentwurfs nichts bekannt geworden ist.

Der zweite Gegenstand der T.-D. ist die Schlussberatung über den Gesetz-Entwurf, betr. die Abänderung mehrerer Vorschriften über das preuß. Post-Taxwesen. Abg. Moepell beantragt: Das Haus der Abg. wolle beschließen: „dem Gesetzentwurf in der Gestalt, in welcher derselbe aus dem Herrenhause an das Haus der Abgeordneten zurückgelangt ist, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.“

Abg. Moepell: Die drei Factoren der Gesetzgebung sind darüber einig, einmal, daß der Satz für den einfachen Brief von 3 Sgr. ermäßigt werde auf 2 Sgr., sodann, daß der Satz von 2 Sgr. vermindert werde auf 1 Sgr. für jeden Brief, der 20 und unter 20 Meilen weit geht, endlich, daß mit dieser Herabsetzung des Portos ein Strafporto von 1 Sgr. für nicht-frankierte Briefe zu verbinden sei. Die Differenz zwischen den gesetzgebenden Factoren besteht nur in Bezug auf die Zone, innerhalb deren dies Strafporto nicht erhoben werden soll. Regierung und Herrenhaus wollen diese Zone auf 5 Meilen beschränken, das Abgeordnetenhaus dieselbe bis zur Entfernung von 10 Meilen erweitern. Beide beiden Factoren behaupten, daß die finanziellen Verhältnisse es nicht erlauben, den Wünschen des Abgeordnetenhauses Rechnung zu tragen. Die Opposition dieses Hauses erklärt dagegen, wenn wir dies Strafporto einführen, so ist die natürliche Folge, daß derjenige Theil der Briefe, der innerhalb der Zone von 5 bis 10 Meilen versendet und nicht frankirt wird, dann 2 Sgr. Porto zahlt, während er nach der bisherigen Portogesetzgebung mit 1 Sgr. durchkommt. Das sei einmal ein Rückschritt und treffe außerdem besonders die armen Leute. M. H., ich glaube zwar, daß in Hinsicht auf die angebliche finanzielle Unzulänglichkeit wohl ein Entgegenkommen der Staatsregierung möglich gewesen wäre. Aber die Regierung hat positiv ausgesprochen, sie könne auf diese Mehreinnahme nicht verzichten, und wenn ich auch mit der Opposition anerkenne, daß ein Rückschritt gegen die alte noch bestehende Portogesetzgebung in diesem Gesetzentwurf existiert, so kann ich diesem Rückschritt doch keine so große Tragweite beilegen und gebe außerdem zu bedenken, daß, wenn Sie auf Ihrer Fassung beharren, d. h. nach der Erklärung der Regierung, wenn Sie den Gesetzentwurf ablehnen, Sie damit zu gleicher Zeit alle anderen Verbesserungen der Portogesetzgebung, welche die Vorlage enthält, fallen lassen. Das heißt: wir werden nach wie vor 3 Sgr. Porto bezahlen müssen bei allen Briefen, die über 20 Meilen gehen und 2 Sgr. Porto für alle Briefe, die von 10 bis 20 Meilen gehen, während wir nach dieser Vorlage nur 2 resp. 1 Sgr. zu zahlen hätten. Das Streben der Landesvertretung geht auf die Herstellung eines einheitlichen Portos, etwa von 1 Sgr. für den Umfang der ganzen Monarchie; aber es ist ein unbestritten Satz, daß unmittelbar mit der Einführung des Einheitsportos auch eingeführt werden muß zum Zweck, zum Dienst, zur Förderung des Postwesens ein Strafporto. Mit der Herstellung des Einheitsportos von 1 Sgr. würde auch ein Strafporto von 1 Sgr. für unfrankierte Briefe gezahlt werden müssen und ich glaube, wir würden uns zu Gunsten der Herstellung des Einheitsportos diese Strafe gefallen lassen haben. Wir können aber zu diesem Einheitsporto nicht mit einem einzigen Sprunge gelangen, wir bedürfen einer Zwischenperiode und für solche wird der gegenwärtige Gesetzentwurf geeignet sein. Wir gewinnen durch denselben die Zone bis zu fünf Meilen, Anträge, dieselbe zu erweitern, bleiben uns immer frei, zumal wenn eine Masse Erfahrung uns zu Gebote stehen wird über das Verhältnis, in welchem Frankatur und Nichtfrankatur sich bewegt haben, wenn wir zugleich die Früchte übersiehen, die uns der Zukunfts der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung unbedingt bringen wird. Nehmen Sie alle diese Erwägungen zusammen, nehmen Sie in Erwägung, daß die Nachtheile in der That nicht so ungeheuerlich sind, daß dagegen die Vortheile, die auf der andern Seite des Blattes stehen, eminent hervortreten, so komme ich zu der Überzeugung, daß es jetzt, Angesichts des Umstandes, daß wir vielleicht noch einen Tag zur Beschlusssfassung zusammen sind, an der Zeit ist, das Gute — mögen Manche sagen das wenige Gute — zu nehmen, um nicht die ganze Sache in den Brunnen zu werfen.

Von dem Abg. Westen ist folgender Abänderungsantrag eingegangen: Das Haus der Abg. wolle beschließen: den Gesetzentwurf in der am 16. Jan. d. J. beschlossenen Fassung wiederherzustellen, demnächst 1) in § 1 des Gesetzentwurfs statt „über 5 Meilen“ zu setzen „über 10 Meilen“; 2) in § 2 desselben ebenfalls statt „über 5 Meilen“ zu setzen „über 10 Meilen“.

Abg. v. Chymer: Als der Entwurf uns zum ersten Male vorlag, gehörte ich mit zur Opposition, weil ich es nicht für wünschenswert erachtet hätte, daß ein Gesetz, welches eine Portoermäßigung herbeiführte, zugleich eine Erhöhung mit sich brächte. Ich konnte es auch nicht fassen, daß die preuß. Postverwaltung, die doch in jeder Beziehung dem Fortschrittbaldigt, einen Rückschritt thue, daß sie uns mit der einen Hand etwas geben, mit der anderen wieder nehmen sollte. Ich meine auch, nach der Bestimmung des Herrenhauses zu unserem Entwurfe würden die finanziellen Bedenken des Finanzministers schwinden. Durch die Ablehnung des Entwurfs

ebach Seitens des Herrenhauses ist die Sache in eine andere Lage gekommen; es handelt sich heute um Annahme oder Ablehnung des Gesetzes in dieser Fassung. Und da ist doch der Nachteil, der uns dadurch erwächst, daß wir von unserem früheren Beschlusse abgehen, ein verhältnismäßig so kleiner gegen die großen Vortheile, die uns nach der anderen Seite hin im Gesetze geboten werden, daß ich heute nicht mehr die Verantwortung auf mich nehmen möchte, das Zustandekommen des Gesetzes verhindert zu haben. Ich hoffe aber, daß durch das Norddeutsche Parlament in nicht zu langer Zeit das erreicht werden wird, worauf der Borredner und ich nicht minder so großes Gewicht legen.

Abg. Tweten: Ich glaube, die Möglichkeit ist doch vorhanden, das Gesetz durchzubringen, wenn wir auch an unserer früheren Fassung festhalten. Wollten wir nämlich auch das Gesetz, wie es von dem Herrenhause festgestellt ist, annehmen, so würde die Regierung doch nicht in der Lage sein, denselben ihre verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Denn es ist im Herrenhause eine Verfassungswidrigkeit begangen worden, und die Regierung müßte deswegen diesen Gesetzentwurf noch einmal im Herrenhause zur Verhandlung bringen. Nach Art. 63 der Verf. kommen Finanzgesetze zuerst in diesem Hause zur Verhandlung, dem Herrenhause gehen dieselben nur in der von diesem Hause festgestellten, nicht in der ursprünglichen Fassung zu. Das Herrenhaus kann unsere Fassung zwar abändern; das ist aber, wie die stenographischen Berichte erweisen, nicht geschehen. Der Ref. Dr. v. Daniels schlug jenem Hause vor, den Gesetzentwurf anzunehmen, wie er von uns festgestellt sei. Die Regierung erklärte sich auch dort dagegen, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen, und auch von den Mitgliedern des Hauses ist kein Amendement dazu eingereicht worden. Trotzdem hat das Herrenhaus die Sache so behandelt, als ob ihm auch der Regierungs-Entwurf vorgelegen hätte. Das ist wider die ausdrückliche Bestimmung der Verfassung, die Abstimmung des Herrenhauses über die Regierungs-Vorlage ist also ungültig. Dagegen, daß ein solcher Gesetzentwurf Gesetz werden könnte, müssen wir Verwahrung einlegen und müssen die Fassung des Herrenhauses für null und nichtig erklären und demgemäß unsern ursprünglichen Entwurf aufrecht erhalten. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, wenn wir trotzdem materiell in die Sache eingehen wollen, das Amendement einzubringen auf Wiederherstellung des früheren Entwurfs. Zu den Momenten, welche uns veranlaßt haben, die Vorlage der Regierung zu ammenden, ist ein neues Moment hinzugekommen, die Genehmigung des Vertrages der Regierung mit der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung. Es handelt sich hier nicht um ein Mehr oder Weniger, nicht darum, daß der Feind des Guten ist; es handelt sich nicht bloß um einen Austausch von Ueberschüssen und Einnahmen der Postverwaltung, sondern zu Alle dem kommt noch, daß ich es für eine Unbilligkeit und Ungerechtigkeit halte, den kleinen nachbarlichen Verkehr zu belasten, und dagegen den großen Verkehr zu erleichtern. Den ganzen Ausfall an Einnahmen in Folge der Annahme des Regierungs-Entwurfs berechnet die Regierung auf 150,000 R., die Annahme unserer Abänderung würde einen weiteren Ausfall von 100,000 R. herbeiführen. Für das ganze Jahr würde also nach unserem Wunsche der Ausfall ungefähr eine halbe Million betragen. Seit Aufstellung des diesjährigen Etats nun ist der Vertrag mit der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung abgeschlossen und genehmigt. Die Regierung hat aus dem Material, dessen sie sich in Frankfurt bemächtigt hat, berechnet, daß der ganze Ueberschuß der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung aus dem Durchschnitt von 10 Jahren auf 356,500 R. sich beläuft. Dieser Ueberschuß wird also künftig unserer Postverwaltung zu Gute kommen. Vielleicht stellt sich derselbe auch etwas geringer, wenn unsere Postverwaltung den Verkehrsverhältnissen in größerem Umfange Rechnung trägt, als dies bisher dort geschehen ist; aber ungefähr wird der Ueberschuß doch diesen Ertrag erreichen. Der jährliche Ueberschuß unserer Postverwaltung betrug 1,734,000 R., es ist also, wenn man die Einwohnerzahl in Rechnung zieht, ungefähr derselbe Verhältniss. Wenn ich nun auch annehme, daß die Binsen für das Capital von 3 Millionen, die an den Flüssen von Thurn und Taxis gezahlt werden müssen, von jenem Ueberschuß abgerechnet werden, so bleibt immer noch ein Ueberschuß von mehr als 200,000 R. übrig, also mindestens dieselbe Summe, welche die Regierung nach ihrer Berechnung im Falle der Annahme unseres Entwurfs verlieren würde. Sagt also die Regierung, der diesjährige Etat ist nun einmal festgestellt und so angelegt, daß der Ausfall von 200,000 R. nicht getragen werden kann, so glaube ich jetzt für die ursprüngliche Regierungs-Vorlage stimmen. Das verfassungsmäßige Bedenken kann ich nicht anerkennen, da das Herrenhaus bestreit ist, eine ursprüngliche Regierungs-Vorlage wieder herzustellen.

Abg. Heife: Die Berechnungen des Abg. Tweten halte ich nicht für zutreffend, da wir gar nicht in der Lage sind, die Verhältnisse zu beurtheilen. Als ich bei der ersten Berathung gegen die Regierungs-Vorlage gestimmt habe, so hoffte ich, die Berathung im anderen Hause werde die Regierung bewegen, unsrige Beschlüsse beizutreten. Da sie das auch jetzt noch nicht kann, so werde ich jetzt für die ursprüngliche Regierungs-Vorlage stimmen. Das verfassungsmäßige Bedenken kann ich nicht anerkennen, da das Herrenhaus bestreit ist, eine ursprüngliche Regierungs-Vorlage wieder herzustellen.

Abg. Harlort bittet bei dem Amendement Tweten zu bleiben, weil es sehr bedenklich ist, dem kleinen Gewerbetreibenden mehr Lasten aufzulegen.

Reg.-Commissar Meissner: Ich wiederhole zunächst die Erklärung, daß die Regierung nicht in der Lage ist, das Gesetz in der früher von diesem Hause beschlossenen Form der allerhöchsten Sanction zu unterbreiten. Daselbe hat, wie Sie ja aus den Berechnungen wissen, durchaus nicht fiskalische Interessen zur Grundlage; sondern das Publikum soll daran gewöhnt werden, die Correspondenz zu frankiren und zwar als Vorbedingung einer weiteren Ermäßigung. Der gesteigerte Verkehr wird eine gesteigerte Arbeitsmasse erzeugen, welche ohne diese Hilfe des Publikums nicht zu bewältigen ist. Und nach der Erfahrung anderer Länder gewöhnt sich das Publikum daran sehr bald. Ich bitte deswegen dringend das Gesetz anzunehmen; denn die Gesetzgebung soll ja damit gar nicht abgeschlossen sein. Alle Maßregeln seit 20 Jahren zeigen, daß die Regierung nach dem Einheitsposto strebt. Auch im Interesse der neuen Landesteile liegt die Annahme eines Gesetzes, welches zur Gleichstellung der Tarife mit beitragen soll.

Abg. Lachwitz: Die Ersparnis an Arbeitskraft, welche durch den Buschlag herbeigeführt werden soll, wird doch nicht

erreicht werden, wenn man das Publikum nicht zwingen kann, mit Marken zu frankiren und nichthaar an der Expedition. Im Übrigen kann ich mich nur dem Abg. Tweten anschließen. Die Hauptfrage aber bleibt das Ungerechte im Gesetze.

Ref. Abg. Roepell hält das verfassungsmäßige Bedenken für unzureichend; das Herrenhaus sei ganz correct verfahren. Die materiellen Einmände, die Berechnungen der Ueberschüsse des Thurn und Taxis'schen Postwesens seien nicht stichhaltig. Da die Regierung die Fassung des Hauses der Abgeordneten nicht annehmen wolle, müsse man sie fallen lassen.

Präs. v. Forckenbeck theilt ebenfalls die verfassungsmäßigen Bedenken nicht und constatirt, daß die Fassung des Abgeordnetenhauses vorgelegen habe und dazu die Regierungs-Vorlage als Amendement aufgenommen sei.

In der Abstimmung werden die Amendements Tweten sämmtlich angenommen und somit die erste Fassung des Abgeordnetenhauses hergestellt; dafür auch mehrere Conservative, u. A. Graf zu Eulenburg.

Es werden noch Petitionen erledigt: 1) eine Petition des Hrn. Dr. Jolowicz (Riga), den Judentum durch den allgemeinen Staatsbürgerschaft zu erzeigen, wird der Regierung mit der Aufforderung überwiesen, dem Landtag ein derartiges Gesetz in der nächsten Session vorzulegen; 2) Hr. Knapp aus Breslau beschwert sich darüber, daß seiner Trauung, während gesetzliche Hindernisse nicht bestehen, dennoch Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden; seine Braut ist evangelisch, er selbst gehört zur freien christlichen Vereinigung. Die Commission beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Wantrup: Es liegt hier eine Mischheir vor, welche von der Kirche ausdrücklich für nicht wünschenswerth erklärt wird. Zwischen Christen und Juden muß eine Misch-Ehe entschieden verworfen werden, eben so aber auch eine zwischen Christen und Dissidenten. Wer aber seiner Kirche treu bleiben will, muß ihr auch vor Allem gehorchen, wenn sie solche Misch-Ehen verbietet. Eine Pflicht zu heirathen giebt es nicht (große Heiterkeit); wenn es ein Recht dazu giebt, so ist das höchstens ein Naturrecht, und der Staat ist nicht verpflichtet, einem Einzelnen dazu zu verhelfen. Deswegen beantrage ich, darüber zur T.-D. überzugehen.

Abg. Dr. Techow: Misch-Ehen sind nach dem Landrecht nicht untersagt und hat auch König Friedrich Wilhelm IV., dem man doch gewiß echt christliche Gesinnung nicht absprechen wird, sogar für die Civil-Ehe Sympathien gehabt; auch Hr. v. Gerlach und selbst Luther haben sich dafür erklärt. Man sollte sich doch hütten, durch solche Maßregeln irgend welche Leute ihrem Glauben absprang zu machen.

Abg. Wantrup bemerkt gegen den Abg. Techow, daß er auf dessen persönliche, gegen ihn gerichteten Bemerkungen nicht eingehen werde. Er glaube, daß der Hr. Abgeordnete den Beruf habe, junge Leute zu guten Sitten zu erziehen. Luther sei kein Evangelium und habe vieles gesagt, was die Evangelischen mit allem Ernst zurückweisen müssten. — Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Wantrup auf einfache T.-D. abgelehnt, der der Commission auf Ueberweisung an die Regierung angenommen.

Nach Erledigung einiger unerheblicher Petitionen ergreift zum Schluss das Wort der Präsident v. Forckenbeck: Mr. H., ich glaube, wir haben unsere Pflichten bis zu Ende erfüllt. Ich glaube daher, daß es nicht mehr notwendig sein wird, morgen noch eine Sitzung anzuberaumen. Erlauben Sie mir daher, daß ich noch einen kurzen Rückblick auf die Geschäfte der jetzt dem Schluß nahenden Session werfe. Von der K. Staatsregierung sind den beiden Häusern des Landtags seit dem 5. August 1866 vorgelegt worden: 1) 40 Gesetzentwürfe mit Einschluß des Staatshaushalts-Etats; 2) 9 Staats-, Handels- und Schiffsverträge; 3) 9 provisorisch erlassene Verordnungen; 4) 5 allgemeine Rechnungen, nämlich die pr. 1859—63; 5) 3 Jahresberichte der Staatschulden-Commission pro 1862—1864; 6) eine Ueberleitung über den Bau und Betrieb der Staatsseisenbahnen im J. 1865; 7) ein Schreiben des Justizministers betr. die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung eines Blattes wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses. Das sind in Summa 68 Vorlagen von Seiten der K. Staatsregierung. Von diesen haben die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erhalten 60 Vorlagen (Beifall, Bewegung), 2 sind im Hause selbstständig erledigt, 4 sind im Hause der Abgeordneten abgelehnt worden, eine Vorlage ist wegen Ablaufs der Session unerledigt geblieben, eine (die über das Posttaxwesen, über welche wir heute beschlossen haben) hat die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags noch nicht erreicht. Von den Mitgliedern des Hauses sind mit Einschluß von 9 Interpellationen 31 Anträge gestellt, von denen 24 im Plenum erledigt sind, 3 in den Commissionen durchberathen, wegen des Schlusses der Session aber nicht mehr im Plenum zur Berathung gekommen, 2 zurückgezogen und 2 unerledigt geblieben. Von diesen Anträgen haben 4 das Haus veranlaßt, Gesetzentwürfe anzunehmen; von diesen 4 Gesetzentwürfen, die aus der Initiative des Hauses hervorgegangen sind, sind 3 von dem Herrenhause abgelehnt und der leste, betr. die Aufhebung von Beschränkungen des vertragsmäßigen Binsfusses bei Darlehen, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigentum verpfändet wird, ist im Herrenhause noch nicht zur Berathung gekommen. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 834, davon sind in den Commissionen 726 berathen und theils wegen zu späten Eingangs, theils wegen Ablaufs der Session unerledigt geblieben 108. Davon sind im Plenum erledigt 647, und zwar durch Ueberweisung zur Berücksichtigung an die K. Staatsregierung 63, durch Uebergang zur Tagesordnung 52, durch Annahme von Gesetzentwürfen 236, durch Annahme einer Resolution 1, zur Erörterung im Plenum als nicht geeignet erachtet 295. Die Abtheilungen haben 121, die Commissionen 230 Sitzungen gehalten. Mr. H., getreu den Grundsätzen, welche ich vom Antritt meines Amtes verfolgt habe, und Angesichts des Gewichtes der Arbeiten, welche wir vollendet haben, enthalte ich mich jeder materiellen Betrachtung derselben; die Beurtheilung dieser Arbeiten gebürt dem Volke der Zukunft, der Geschichtete, und ich glaube, wir können dieses Urtheil ruhig erwarten. Nur eines darf ich feststellen: die Uebereinigung, welche in allen wichtigen Fragen der jetzt dem Schluß nahenden Session zwischen allen drei Factoren der gesetzgebenden Gewalt erreicht worden ist; sie constatirt, sie verbürgt für die Zukunft den festen Willen des preußischen Volkes, in allen seinen Gliedern einig mit der Krone im festen Gefüge der Verfassung mutig und unverzagt einzutreten in die neue Lage, welche die Erfolge des glorreichen Krieges des Jahres 1866 unserem Staate geschaffen haben.

(Lebhafter Beifall.) Ich fordere Sie auf, dieser Einmündigkeit nochmals den altgewohnten Ausdruck zu geben, sich von den Sizien zu erheben und dreimal einzustimmen in den Ruf: Es lebe Se. Maj. der König hoch, und nochmals hoch, und immer hoch! (Die Mitglieder erheben sich mit lebhaftem Beifall.)

Abg. Stavenhagen: M. H., als ich die Ehre hatte, als Alterspräsident diese Session zu eröffnen, erlaubte ich mir auf die ungemein hohe Bedeutung des Zeitpunktes hinzuweisen, in welchen unsere Arbeiten fielen. Ich meine, jeder von uns ist sich dieser hohen Bedeutung in diesem Augenblick bewußt gewesen. Wenn wir jetzt mit Freude und Befriedigung auf die Resultate unserer Arbeit zurückblicken können, so wissen wir aber auch, wie viel wir von diesem Erfolge unserem verehrten Herrn Präsidenten zu verdanken haben (allseitige Zustimmung), der ausgezeichneten Art und Weise, wie er sein Amt verwaltet, wie er diesem Hause vorgestanden hat, der Klärheit, der Umsicht, mit der er unsere Verhandlungen selbst in verwickelten Stadien geleitet hat, dem richtigen und sicheren Falte, womit er temporirend einzutreten wußte, wo etwa die Erregung der Geister etwas stärker wurde. Mr. H., ich glaube, daß jeder von uns die Pflicht fühlen wird, unserem verehrten Herrn Präsidenten seinen warmen und aufrichtigen Dank abzustatten für Alles, was er uns in dieser Session gewesen ist. (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Ich bitte Sie, sich zum Zeichen Ihrer Anerkennung von Ihren Sizien zu erheben. (Das Haus erhebt sich mit lange anhaltendem Beifall in allen seinen Theilen.)

Präsident v. Forckenbeck: Ich danke dem Hause herzlich für die mir ausgesprochene Anerkennung und für die Nachsicht, mit der es mich von allen Seiten unterstützt hat. Ich danke namentlich den beiden Herren Vice-Präsidenten, den Schriftführern und den Quästuren des Hauses für Ihre Unterstützung. — Ich schließe die Sitzung.

Berlin. S. M. S. "Vineta" ist am 11. December pr. in Shanghai (China) angelommen. (Bergl. Danzig.)

[Die Salzsteuer und der Preis des Salzes.] Der "Bresl. Btg." wird über diesen Gegenstand geschrieben: Die Netto-Einnahme aus der Salzmonopol-Verwaltung beträgt nach dem Etat pro 1867 6,539,210 R. Nach den dem Landtag vorgelegten Erläuterungen zu diesem Etat sind im Durchschnitt der J. 1863/64 zum Preise von 12 R. für die Tonne verkauft 750,314 Tonnen oder 2,842,189 R. Salz. Da diese à 2 R. künftig 5,684,378 R. aufzubringen, die von der Regierung für das Gewerbesatz vorbehaltene Controle-Abgabe aber höchstens 20,000 R. aufzubringen kann, so ergiebt sich, daß die Brutto-Einnahme des Staates künftig 5,704,378 R., mithin 834,832 R. weniger betragen wird als die bisherige Netto-Einnahme. Diese Summe ist mithin das Minimum der Ermäßigung des Volkes bezüglich der Salzsteuer. Zu dieser für den Centner 8 R. 9 Pf. betragenden Steuer-Ermäßigung tritt noch hinzu, daß die Saline Schönebeck, welche den größten Theil der Monarchie und namentlich Schlesien versorgt, künftig zu einem geringeren als dem bisher von der Salzmonopol-Verwaltung gezahlten Preise verkaufen muß, um sich gegen die Concurrenz englischen Salzes zu sichern, und zwar vorläufiglich den Centner zu 10 R., während diese Saline bisher 12 R. 7 Pf. erhielt. Hieraus ergiebt sich eine Ermäßigung des Preises für die Zukunft um überhaupt 11 R. 4 Pf. für den Centner. Wenn nun bisher noch nicht behauptet worden ist, daß der Staat billiger verwalte, als das Volk selbst, wenn vielmehr gehofft werden darf, daß das Volk an den bisherigen Kosten des Transports, der Verpackung und Lagerung noch erheblich sparen werde, so können wir das Minimum der durchschnittlichen Preis-Ermäßigung für den Fall der Einführung einer Salzabgabe von 2 R. pro Centner auf mindestens 12 R. für den Centner angeben. Demgemäß ist denn auch im Commissionsbericht des Abgeordnetenhauses der künftige Preis eines Centners versteuerten unverpackten Salzes angegeben:

loco Schönebeck zu 2 Thlr. 10 Sgr.
loco Berlin zu 2 Thlr. 12 Sgr. 8 Pf.
loco Breslau zu 2 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.
loco Danzig zu 2 Thlr. 9 Sgr.

während der Centner zur Zeit 3 R. 5 Pf. kostet.

Danzig, den 9. Februar.

* Von einem auf S. M. Schraubencorvette "Vineta" befindlichen Danziger sind Privatmittheilungen hier eingetroffen, nach welchen das genannte Schiff am 2. Sept. v. J. nach Callao, am 6. Novbr. nach Honolulu kam, dort als erstes preußisches Kriegsschiff sehr freundlich aufgenommen wurde, am 24. Nov. die dortige Station verließ und am 11. Dec. pr. in Shanghai eintraf. Weitere Ordres sind der Mannschaft bis zum Datum des Briefes (21. Dec. pr.) noch nicht mitgetheilt worden. Der große Mast des Schiffes ist einer Reparatur bedürftig, die ca. 4—6 Wochen dauern wird; 3—4 Monate, glaubt Verfertigter, werde die "Vineta" bestimmt in Shanghai zubringen; Briefe wären fest also nach Shanghai zu dirigiren u. d. könnten noch rechtzeitig dort ankommen. Nach den getroffenen Maßregeln zur Ergänzung der Schiffsmaterialien und des Proviantes, die ein Transportdampfer nach dort bringen wird, zu urtheilen, dürfte die Abwesenheit der "Vineta" noch etwa 1 Jahr dauern.

Der Correspondent der "Nat.-Btg." aus Hannover berichtet: Von dem Obergericht zu Lüneburg ist gestern der Hamburger Spediteur Peters freigesprochen worden. Derselbe war befürchtet, um 1864 eine Ausfuhrzollcontrebande hinsichtlich des zu jener Zeit Seitens der preußischen Regierung erlassenen Verbots der Ausfuhr von Kriegsmunition nach Polen begangen zu haben. Es wurde damit das Erkenntniß des Amtsgerichts Harburg bestätigt, welches den Spediteur mit Rücksicht auf den Werth der Contrebande, die in 1000 Stück Gewehren, 1200 Luftpistolen und Gewehrläufen z. bestand, zu 39,000 R. Strafe und Confiscation der Waffen verurtheilt hatte. Das Obergericht hat zwar den Thatbestand als erwiesen angenommen, jedoch das Ausfuhrverbot des preußischen Finanzministers für ungeseztlich erklärt, weil nach den bestehenden Gesetzen solche Ausfuhrverbote nur auf bestimmte Zeit erlassen werden können, während der Minister den Ausdruck "bis auf Weiteres" gebraucht hatte. Die Zollverwaltung wird wahrscheinlich die Richtigkeitsbeschwerde bei dem Celler Ober-Appellationsgericht einlegen, namentlich da das Obertribunal in Berlin in ähnlicher Sache einer anderen Rechtsauffassung gebuldigt habe. — Die Gewehre, von welchen in vorstehender Correspondenz die Rede ist, sind dieselben, welche im October 1863 hier auf dem Schiffe "Bessie" mit Beschlag belegt worden, und wegen deren eine Untersuchung gegen den Capitain Barneson schwelte, der vom Appellationsgericht Marienwerder freigesprochen wurde. Die Gewehre befinden sich noch hier auf dem Beughaus. Das Obertribunal hat "bis auf Weiteres" für gleichbedeutend mit "auf bestimmte Zeit" erklärt, eine In-

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 10. Februar, Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst im Saale des Gewerbehaußes.
Predigt: Herr Pred. Röckner.

Heute früh halb drei Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden an der Schwindsucht unser geliebter Neffe und Vetter, der Kaufmann Herr Richard Fademrecht im 30. Lebensjahre, was wir seinen Freunden und Bekannten hiermit anzeigen.
Danzig, den 9. Februar 1867.
(8524) Die Hinterbliebenen.

Belauntnachricht.
Die Auszahlung der Servis-Bergütigung für die ständige Einquartierung in den Monaten vom 1. April bis 1. October 1866, so wie die Auszahlung der Bergütigung für die am Tage des Eintreffens vom Kriegsschauplatz den Truppen verabreichte Naturalversiegung findet am Dienstag, den 19. dieses Monats, für die Eigentümer der Altstadt, am Donnerstag, den 21. dieses Monats, für die Eigentümer von Langgarten und Neustadt, am Freitag, den 22. dieses Monats, für die Eigentümer der Vorstadt, am Montag, den 4. März er., für die Eigentümer der Außenwerke, am Mittwoch, den 6. März er., für die Eigentümer der Rechtstadt vom Kohlemarkt bis incl. Hundegasse, am Freitag, den 8. März er., für die Eigentümer der Rechtstadt von der Gergasse bis incl. Breitgasse, am Montag, den 11. März er., für die Eigentümer der Rechtstadt von der Junkergasse bis zur Wallgasse, statt. Danzig, den 6. Februar 1867.
Der Magistrat.
Servis- und Einquartierungs-Deputation.

Guzkow's neuer Roman.
Demnächst erscheint der neue, seit langer Zeit mit Spannung erwartete Roman Karl Guzkow's unter dem Titel:

Hohenschwangan
in 4—5 Bänden à 1 Kr. 15 Gr. (8521)
Danzig, den 8. Februar 1867.
A. Saurier'sche Buchhandlung,
A. Scheinert, Langgasse 20.

So eben traf wieder ein:

Parlaments-Almanach.
Inhalt: Wahlkreise, Namen und Biographien der Kandidaten (auch der im Danziger Reg.-Bezirk aufgestellten: v. Auerswald, v. Branchitsch, Czarlinski, v. Forckenbeck, Herzog, Höne, Jasikowski, Langerhans, Martens, Popielski, Tweten, v. Zelewski). Die Reichsverfassung von 1849, der Preuß. Verf.-Entwurf v. 14. Juni 1866, das Preuß. Reichswahlgesetz v. 15. Okt. 1866, das Preuß. Wahlreglement. Preis 10 Gr. Post-Anw. lt. Br. v. 8. Febr. 67.

E. Doubberck,
Buch- und Kunsthändlung.
(8492) Langgasse 35.

Wahlen
zum Norddeutschen Parlament.
Die nicht zur nationalen Partei gehörigen liberalen Wähler hiesiger Stadt, welche ihre Stimme dem

Dr. Paul Langerhans
zu Berlin
zu geben beabsichtigen, werden zu einer allgemeinen Versammlung auf
Montag, den 11. Februar er.,
Abends um 8 Uhr,
nach dem großen Saale des Gewerbehaußes eingeladen. (8478)
Das Comité der liberalen Wähler.
C. B. Bloch, Dr. Bramson, C. Brindman, Dinklage, J. Dommaich, Albert Erban, C. Freid, H. Herz, Ed. Hirsch, Jul. Hybbeneit, Otto Kaelter, R. Kaemmerer, G. Karl, C. R. Krueger, Kulesza, C. Keier, Jacob H. Loewinsohn, Ludwig (Wagenbauer), R. Peissel, Brochu, J. H. Pruz, H. Röckner, Otto Rehlaß, Skibbe, Th. Schirmacher, Stattmiller, O. Steffens, Dr. Sachs, Dr. Schneller, H. Treichel, F. W. Unterlauf, Warnath, Weiß.

Auction
über Schiffsinventariums-Gegenstände.

Montag, den 11. Februar 1867, Vormittags 10 Uhr, wird der Unterzeichnete im Auftrage des Herrn F. G. Reinhold in Danzig, die im Zollamt zu Neufahrwasser lagerten, von dem auf Hela gestrandeten Schiffe "Genus" geborgener Inventariumstücke in öffentlicher Auction an den Weistbietenden verkaufen; Das Inventarium besteht in:

Anker und Ketten, Segeln, stehendem und laufendem Tauwerk, Trossen, Klindhölzern &c., u. sind sämtliche Gegenstände steuerfrei.

Falls Montag nasses Wetter ist, wird die Auction bis zum nächsten trockenen Tage verschoben. F. Domke, vereid. Schiffsmälzer. (8429)

Frische Rübuchen frei den Bahn- höfen und ab hier billigst. (8534) R. Baeker in Mewe.

Die erwarteten Sendungen von Aueschus-Porzellan sind eingetroffen und empfehle jetzt das Duhend Teller zu 25, 28 Gr. und 4 Thlr., Tassen in den neuesten Facons das Paar von 2 Gr. ab 2c.

fein vergoldete Aukenteller von 10 Gr., vergoldete Tassen von 3 Gr., unzerbrechliche Wassergläser, das Dkb. zu 15 und 18 Gr., so wie andere Glaswaren in großer Auswahl zum billigsten Preise. Wiederveräußerer erhalten Rabatt. (8530)

D. Reiß, Kohlengasse 2.

Carlshaller Viehsalz-Lecksteine pro 18 Stck. ca. 1 Ctr. a 1½ Thlr.

do. loses Viehsalz pro Ctr. 25 Gr.

offeriren die Niederlagen:

von H. Ebert im landwirthschaftlichen Depot in Danzig, Lastadie 36, Frdr. Silber in Elbing, Heiligegeiststrasse, " R. Bensemer in Marienburg, Ritterstrasse, " Wolff Kallmann in Berent, und die Haupt-Niederlage für die Provinz Preussen von

Rud. Malzahn, Danzig, Lange Markt 22.

(7871)

Joh. Andr. Hauschild's vegetabilischer Haar- Balsam

Keine Erfindung auf dem Gebiete der Toilette-Chemie hat wohl jemals eine so allgemeine Anerkennung und so großartige Ausbreitung über die ganze civilisierte Welt gebracht, als der Hauschild'sche Haarbalsam, kein kostmetisches Präparat, so schnell sich unentbehrlich gemacht, wie auf dem Toilettetisch der Fürsten, so in jedem Hause, wo man den Besitz eines vollen, schönen Haarwuchses zu schätzen weiß. Mehr als Tausend bei mir zu Pedermanns Einsicht bereit liegende Briefe und Atteste, darunter viele von fürstlichen Personen, berühmten Gelehrten und Staatsmännern, bestätigen die überraschende Wirksamkeit des Balsams, der nicht allein das Ausfallen der Haare sofort beendet, sondern auch auf selbst schon länger fahl gewesenen Scheiteln in oft unglaublich kurzer Zeit jungen Nachwuchs erzeugt.

Die große Nachfrage, deren sich J. A. Hauschild's vegetabilischer Haarbalsam überall zu erfreuen hat, hat eine Menge Nachahmungen, die unter ähnlichen Namen angekündigt werden, hervorgebracht; ich bitte deshalb darauf zu achten, daß an jedem Orte nur eine einzige Verkaufsstelle für Hauschild's Balsam existiert und derselbe in Danzig ausschließlich bei Hrn. Ab. Neumann, Langenmarkt 38, in Originalflaschen à 1 Kr., ½ Fl. à 20 Gr., ¼ Fl. à 10 Gr. zu haben ist. (8214)

Julius Kraatz Nachfolger in Leipzig.

Während des Umbaues befindet sich das Verkaufsstokal in der ersten Etage.

(7843)

H. M. Herrmann.

Wegen Aufgabe der Branche verlaufen:

**Teppiche, Fußdecken,
Cocussmatten und Lauferzeuge,
um 20% billiger!**

(8312)

B. Kantorowicz,

30. Langgasse 30.
(Leinen-Lager, Wäsche-Fabrik.)

Loose zur König-Wilhelm-Lotterie, ganze à 2 Kr., halbe à 1 Kr. sind zu haben bei Adam Schlüter, Danzig, Kettnerhagergasse 4.

Petroleum in feinsten Waare, bei Fässern 9 Kr. den Centner, ausgewogen 9½ Kr., macht das Quart 5½ Kr., empfiehlt ein gros (8513) L. A. Janke.

Herrings-Lager. Großberger 1. Qualität 8½ Kr. pr. Tonne, 2. 7 Kr. Beste "Crown-Blen" 11 u. 11½ Kr. pr. Tonne. Beste festgepakte Kisten-Heringe 7½ Kr. pr. Tonne empfiehlt (8513) L. A. Janke.

Sardinen 1 Dosen (beste Marke) billigst bei W. J. Schulz, Langgasse.

Feinste Braunschweiger Cervelat- und Lebertrüffelwurst empfiehlt (8496) W. J. Schulz, Langgasse 54.

Eingemachte Früchte in Gläsern, als: Aprikosen, Persische, Reine-Clauden, Chinois, Himbeeren, Erdbeeren, Kirschen, Mirabellen und gemischte Früchte, so wie alle Sorten Gelée in kleinen Gläsern empfiehlt billigst (8495) W. J. Schulz, Langgasse 54.

Gummiflegmösche für Civil und Militair habe so eben per Bahn erhalten, die zu billigen Preisen empfiehlt. NB. Hohe russische Gummiflegmösche sind ebenfalls wieder angekommen. (8511)

H. Morgenstern, Langgasse 2.

Reisekapuzen (Burkas), weit, lang und warm gefüllt, die reichlich einen Pelz ergeben, sind in verschiedenen Qualitäten aus Arbeit gekommen, die ich zu bekannten billigen Preisen bestens empfiehlt. (8512)

H. Morgenstern, Langgasse 2.

Die Wirtshafter-Stelle in Summin ist besetzt. (8467)

König-Wilhelm-Loose, halbe à 1 Kr. und ganze à 2 Kr., bei Neumann-Hartmann-Elbing.

Jungen Männern, die sich zu wissenschaftlichen Prüfungen vorbereiten, im Unterricht zu ertheilen bereit. (8498)

Prebiger de Veer, Fischmarkt 25, Eingang von der Langenbrücke.

Einige sehr gute Glaser-Diamante sind billig zu verkaufen. C. Müller, (8536) Fopengasse am Pfarrhofe.

Pommersche Spicgänse erhielt und empfiehlt (8535) W. J. Schulz, Langgasse.

Frische Holsteiner und Colchester-Austeren empfiehlt (8537) R. Denzer, vorm. Gehring & Denzer.

Ein anständiges Mädchen, das polnisch spricht, mit dem Porzellan-Geschäft betraut, sucht in folhem eine Stelle als Verkäuferin. Näheres durch die Exped. d. Btg. unter 8500.

Ein junger Mann, der polnisch und deutsch spricht, gegenwärtig in Condition, mit guten Referenzen versehen, welcher in einem Luchs-Manufactur-, Herren- und Damen-Confection-Geschäft gearbeitet hat, sucht zum 1. April ein anderweitiges Engagement. Gefällige Adressen unter 8301 in der Expedition dieser Zeitung.

Zu Johannis d. J. sucht jemand 15—1800 Morgen zu pachten oder 800—1000 Morgen zu kaufen. Disponibles Kapital 12—18,000 Kr. Selbstverpächter oder Verläufer wollen ihre Adressen resp. Bedingungen franco Warlubien, sub Chiffre Y. Z. poste restante abgeben. (8007)

Die freundlichste Aufnahme in einer Pension für junge Mädchen vom Lande, welche hier die Schule besuchen, oder sich anderweitig ausbilden wollen, zu möglichst billigen Bedingungen ist zu erfragen Danzig, Langgarten 70, 2 Tr. (8520)

Die Stelle eines Eleven ist zum 1. April c. zu besetzen. (8497) Dominium Milewken bei Neuenburg, W. Br.

In dem schönen Jäschenthal bei Danzig ist ein Gartengrundstück (rentables) zu verkaufen. Adressen werden unter 8493 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Langgasse 11 ist die Saal-Etage, bestehend aus 1 Saal, 1 großen Zimmer, Corridor, 2 Zimmern im Hinterhause, gr. Küche, alles auf einem Flur, 2 gr. Böden ic., worin seit vielen Jahren von Herrn Leoewein ein Möbel-Magazin betrieben, zu Ostern rechter Zeit zu vermieten. Ferner die 2. Etage, bestehend aus 3 Zimmern, Küche ic. zu verm. Das Haus Hundegasse 126, bestehend aus 5 Zimmern, 1 Comptoirraum, gr. Remise, Hof, Küche und Boden ic. zu Ostern zu vermieten. Näheres bei A. Ludwig, Kortenmacher, 3.

Eine Dampf-Maschine von 8—10 Pferdekraft nebst neuem Kessel ist zu verk. Adressen in d. Exped. d. Btg. unter No. 8532.

Wechsel- und Schuldordnungen auf Carl Weiss werden zu kaufen gesucht unter No. 8533 in der Expedition dieser Zeitung.

In der Nähe bei Danzig, am Sandweg 18, stehen ca. 2—300 röhliche schwedische Kaltsteinfliesen, 18" im Quadrat, zum Verkauf.

Masken-Garderobe-Lager von Louis Willdorff, Ziegeng. 5, empfiehlt billigst Masken-Anzüge, Mönchs-kutten, Dominos, Larven, Bärte ic.

Vorträge über die Geschichte Preußens unter dem deutschen Orden.

Der weite Vortrag kann wegen einer im Gewerbehause abzuhaltenen Wahlversammlung nicht am 11. sondern erst Montag, den 18. Februar, stattfinden. (8508)

Dr. H. Pruz.

Wiener Kaffee-Haus. Echt Coburger Bier vom Jah.

Selonke's Etablissement. Sonntag, 10. Febr.: Breites Aufreten der Tänzerinnen Geschw. Umlauf vom Theater zu Stockholm, so wie Aufreten sämlicher engagirter Künstler. Anfang 5 Uhr. Eintritt 5 und 7½ Kr., von 8 Uhr ab 2½ Kr.

Hanziger Stadttheater. Sonntag, 11. Febr. (Ab. susp.) Vorleites Gastspiel der Frau Niemann-Seebach: Maria Stuart, Trauerspiel in 5 Acten von Fr. v. Schiller.

Den allzeit dringenden Wünschen eines hochgeehrten Publikums zu genügen, habe ich mich mit Erfolg bemüht, Frau Niemann-Seebach zu einem dritten aber letzten Gastspiele zu bewegen und wird am

Montag, 12. Febr. (Ab. susp.) zur Aufführung kommen: Mathilde, oder: Ein Frauenherz. Schauspiel in 4 Acten von R. Baudouin. Hierauf: Eine Tasse Tee, Lustspiel in 1 Act aus dem Französischen von Marie Niemann-Seebach.

Emil Fischer.

Danksagung. Für die rege und herzliche Teilnahme bei der am 8. Februar 1867 in Mewe stattgefundenen Beerdigung des verstorbenen Dr. Joswich sagen die hinterbliebenen Verwandten ihren tiefsten Dank.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.